

Notunterkunft: Planen ja, bauen vielleicht

Politik will Zeit, um über die Ausgabe
von 2,4 Millionen Euro zu beraten

Von Sebastian Smulka

Unna. Der umstrittene Planungsauftrag für eine neue Notunterkunft ist bewilligt. Und doch gibt es in der Politik Bedenken: Das Millionenprojekt werde viel zu eilig angeschoben. Einen verbindlichen Baubeschluss soll es daher später gesondert geben.

Planen ja, bauen vielleicht – das ist der Konsens, auf den sich die Politik in der ersten Vorberatung geeinigt hat. Der Beschlusstext der Verwaltungsvorlage wurde dafür in zäher Debatte aufgeweicht. Das Rathaus soll in die Lage versetzt werden, innerhalb der knappen Antragsfristen Fördermittel zu beantragen. Über einen tatsächlichen Bau will die Politik später sprechen – dann aber in Ruhe.

2,4 Millionen Euro könnte der Bau neuer Unterkünfte an der Kamener Straße kosten. Zwei Wohn- und ein Lagergebäude würden das alte Übergangwohnheim aus dem Jahr 1956 ersetzen. Die Kapazitäten würden auf 64 Plätze mehr als verdoppelt.

Einen Planungsauftrag an einen Architekten vergeben darf die Stadt nun. Doch die Bedenken in der Politik sind groß, Beratungsbedarf äußerten gleich mehrere Fraktionen. Offene Kritik am Vorgehen äußerten in der Sitzung des Ausschusses vor allem Klaus Göldner (FLU) und Andreas Tracz (FDP): Die Stadt müsse auch alternative Unterbringungsmöglichkeiten für die erwarteten Flüchtlinge

prüfen. Beide verwiesen auf die ehemalige Landesstelle in Massen-Nord, denn dort gebe es trotz der Nutzung durch die heutige Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) durchaus noch Leerstände.

Insbesondere FDP-Mann Tracz zeigte Unverständnis über den Zeitdruck, den die Stadtverwaltung aufbaute, fühlte sich erheblich unter Druck gesetzt, als er für seine Fraktion Beratungsbedarf anmelden wollte. Nach den Gepflogenheiten der Unnaer Lokalpolitik werden Themen von der aktuellen Tagesordnung genommen, sobald eine Fraktion signalisiert, erst einmal intern darüber diskutieren zu wollen. Dies schien diesmal nicht möglich, um besagte Fördermittel beantragen zu können.

Zuvor hatte die Kostenschätzung der Stadt Fragen aufgeworfen. Der fraktionslose Ratsherr Christoph Tetzner hatte die 2,4 Millionen Euro durch die Fläche der Neubauten geteilt, dabei einen Wert erhalten, der gut 40 Prozent über den Richtbeträgen des sozialen Wohnungsbaus liegt. Dies erklärte die Stadt damit, dass in der Schätzung auch „bauwerksunabhängige Kosten“ abgelegt seien. Unter anderem müsse das Grundstück für ebenfalls geschätzte 330.000 Euro geräumt werden – was nicht nur den Abriss des Altbaus, sondern auch die Rodung des Baumbestandes meint, präzisierte Planungsdezernent Michael Ott inzwischen. **➔ Kommentar**

Kommentar

Kein Grund
für teure
Schnellschüsse

Von Sebastian Smulka

Kritik an den Plänen für eine neue Flüchtlingsunterkunft ist nicht gleich eine Kritik an der Unterbringung von Flüchtlingen. Wer die Pläne für die Kamener Straße zunächst einmal nüchtern und ideologiefrei als Bauprojekt betrachtet, kommt zu einer Reihe von Fragen, die die Stadtverwaltung nicht schlüssig beantworten kann. Der künstlich aufgebaute Zeitdruck ist dafür keine Entschuldigung.

Völlig berechtigt etwa ist die Frage, warum ein auf 2,4 Millionen Euro geschätztes Bauprojekt in erster Lesung durch die politischen Gremien gepeitscht werden muss, während für den Bau der Fußgängerzone bereits sieben Mal ein eigener Beirat getagt hat. Der Hinweis auf Antragsfristen für eine Förderung begründet es kaum: Denn die vermeintliche Förderung besteht nicht etwa aus geschenktem Geld, sondern aus geliehenem Geld, das die Stadt zurückzahlen muss. Der einzige Vorteil liegt darin, dass das Darlehen zinsfrei wäre. Sehr viel teurer ist das Geld für die Stadt aber auch bei ihrer Hausbank nicht. Da ist die Frage erlaubt, ob minimale Zinsersparnisse Grund sind, ein Millionenprojekt mit einem Schnellschuss zu beschließen.

Doch auch die Baukosten selbst werfen nach Fragen Nachfragen auf. Dass die Quadratmeterkosten gut 40 Prozent über den Richtwerten des sozialen Wohnungsbaus liegen, erklärte die Stadt unter anderem damit, dass in ihrer Kalkulation unter anderem auch Abrisskosten in Höhe von 330.000 Euro enthalten sind. Das wirkt durchaus plausibel – solange niemand fragt, warum der Abriss des heutigen Gebäudes so teuer sein muss.

Kompromiss für Wohnheim

Unna. Planen ja, bauen vielleicht – hinsichtlich einer neuen Notunterkunft für Flüchtlinge will sich die Politik in der Kürze der Zeit nicht festlegen. Der nun gefundene Kompromiss erlaubt es der Stadt, einen Architekten zu beauftragen und Förderung zu beantragen. **➔ Seite 17**